

Beschluss der Landesversammlung am 21./22.11.2009 in Bamberg

Die Landesversammlung beschließt folgende Resolution.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen erklärt ihre Solidarität mit den aktuellen Hochschul- und Bildungsprotesten. Ausgehend von Österreich hat sich der Bildungsstreik inzwischen auf Deutschland und weitere europäische Länder ausgeweitet. In Bayern wurden nicht nur an mehreren Hochschulen und fast allen Universitäten Räume besetzt, sondern es sind in diesen Tagen mehrere Zehntausend SchülerInnen und Studierende für bessere Bildung auf die Straße gegangen. Wir unterstützen das, denn schließlich geht es um ihre und unsere Zukunft!

Die Studierenden beanstanden völlig zu Recht die Studiengebühren, die finanzielle Unterausstattung der Hochschulen und die nicht zuletzt daraus resultierenden schlechten Studienbedingungen. Ein großer Kritikpunkt ist die Umsetzung der Bologna-Reform. Ebenso richtig ist die Forderung der Schülerinnen und Schüler des Landes nach einer Korrektur des überhastet eingeführten achtjährigen Turbogymnasiums, in dem nach wie vor zu viel Druck auf den SchülerInnen lastet und kaum nachhaltiges Lernen möglich ist. Das G 8 ist der Feldversuch an einer ganzen Schülergeneration, die jetzt in die Oberstufe kommt und dann als „doppelter Abiturjahrgang“ 2011 auf die Hochschulen und in den Arbeitsmarkt „entlassen“ wird, ohne dass dort ausreichende Ausbildungskapazitäten bereitgestellt werden. Wir stellen fest, dass die BefürworterInnen für längeres gemeinsames Lernen sich immer mehr Gehör verschaffen können. Ziel zukunftsgerichteter Bildungspolitik muss eine echte individuelle Förderung sein.

Jetzt geht es darum,

- die Studiengebühren wieder abzuschaffen und eine nachhaltige Hochschulfinanzierung durch das Land sicherzustellen, die den Ausbau der Hochschulen und die Verbesserung der Qualität der Lehre sowie der Studienbedingungen ermöglicht;
- mit Bologna 2.0 ernst zu machen und die Reform der Bolognareform einzuleiten, um so die Bachelor- und Masterstudiengänge im Land unter Einbeziehung der Studierenden und der Lehrenden wieder studierbar zu machen;
- insbesondere keine Hürden zwischen Bachelor- und Master-Studium zu errichten, denn wir lehnen ein Zweiklassenstudium und eine weitere Stufe der sozialen Auslese in unserem Bildungssystem ab;
- dafür Sorge zu tragen, dass die reformierten Bachelor- und Master-Studiengänge den Studierenden künftig deutlich mehr individuelle Freiheit in der Studiengestaltung ermöglichen;
- Auslandsaufenthalte und Praxissemester zu erleichtern, statt sie durch Verschulung und zu kurze Regelstudienzeiten zu erschweren.

Notwendig ist es zudem,

- für den „doppelten Abiturjahrgang“ und auf lange Sicht wachsende Studierendenzahlen aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge in ausreichender Zahl und nicht nur in den MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieurs- und Naturwissenschaften, Technik) zusätzliche Studienplätze mit entsprechenden guten Lehr- und Lernbedingungen zu schaffen;
- eine elternunabhängige Studienfinanzierung einzuführen, statt nur einer kleinen Gruppe

- von Studierenden Stipendien unabhängig von sozialen Kriterien zukommen zu lassen, wie es im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP vereinbart ist;
- mit unserem Ziel einer demokratischen Schule und Hochschule ernst zu machen und in Bayern endlich wieder eine verfasste Studierendenschaft einzuführen, um so eine echte Mitbestimmung der Studierenden zu ermöglichen;
 - das derzeitige hochselektive Schulsystem zu überwinden und stattdessen längeres gemeinsames Lernen bis zum ersten Schulabschluss und individuelle Förderung als Unterrichtsprinzip zu ermöglichen sowie
 - gute Ganztageschulen mit ausgereiften pädagogischen Konzepten einzuführen, statt die Schülerinnen und Schüler bis zu 10 Stunden Unterricht im 45-minuten Takt am Stück absitzen zu lassen, wie dies häufig der Fall ist.

Wir Grüne werden uns auf allen politischen Ebenen für diese Ziele einsetzen, denn für uns ist der Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir finden es richtig, dass nicht nur an den Hochschulen protestiert wird, sondern dass auch Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrende sich an diesen Protesten beteiligen. Bündnis 90/Die Grünen steht für eine Bildungspolitik, die bereits in Krippe, Kindergarten und Schule die richtigen Weichen stellt, statt durch frühe Selektion Chancen zu verbauen. Denn in Bayern und vielen anderen Bundesländern ist es immer noch üblich, Kinder nach der vierten Klasse in verschiedene Schubladen einzusortieren. So entscheidet oft die Herkunft und Geldbeutel der Eltern über den Schulerfolg und den späteren Lebensweg. Eine solche Politik ist zutiefst ungerecht, weil sie den Gedanken der Chancengleichheit und der Teilhabegerechtigkeit mit Füßen tritt. Sie ist zudem ökonomisch und arbeitsmarktpolitisch falsch, weil die Auslese von heute den Fachkräftemangel von morgen zur Folge hat. Mit unserem grünen Modell der neunjährigen Schule für alle stehen wir für eine bessere Schule mit individueller Förderung statt Selektion und damit für Chancengerechtigkeit. Unsere Schulkonzepte und unsere Vorstellungen von Hochschule und weiterführender Bildung greifen hier ineinander.

Bildung muss sich wieder stärker an den individuellen Interessen, den Fähigkeiten und der persönlichen Entwicklung der einzelnen Menschen orientieren und darf nicht nur unter falsch verstandenen ökonomischen Kriterien betrachtet werden. Für uns ist Bildung nicht nur die Vermittlung von Fakten, sondern die Entwicklung und Förderung einer breiten Palette von Fähigkeiten. Es geht nicht nur darum, Wissen zu reproduzieren, sondern die Entwicklung mündiger Persönlichkeiten zu fördern. Dafür müssen die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Investitionen in die Bildung dürfen gerade in dieser Situation kein reines Lippenbekenntnis sein, deshalb müssen höhere Bildungsinvestitionen Priorität vor Steuersenkungen haben. Wenn vom Bund bis 2013 12 Mrd. Euro in Bildung und Forschung fließen sollen, aber 24 Mrd. Euro in Steuergeschenke, von denen hauptsächlich Besserverdienende profitieren, dann ist das eine vollkommen falsche Prioritätensetzung.

Das Mitwirkungsverbot für den Bund in der Bildungspolitik als Ergebnis der Föderalismusreform I erweist sich heute als Hindernis für einen gemeinsamen Einsatz von Bund, Ländern und Kommunen für eine bessere Bildung. Studierende und SchülerInnen laufen mit ihrem Protest gegen eine Mauer der Zustimmung. Jeder äußert Verständnis: die Bundesbildungsministerin, der bayerische Hochschulminister, die Universitäten. Nur Verantwortung für die verfahrenere Situation will niemand übernehmen. Wir Grüne werden uns diesem Spiel verweigern und klar benennen, wer die politische Verantwortung trägt: es sind CDU/CSU und FDP, die im Bund und in Bayern regieren. Sie haben die Weichen falsch gestellt und schaffen es nicht, ein ausreichend finanziertes, leistungsfähiges Bildungssystem auf die Füße zu stellen, das Chancengerechtigkeit garantiert. Sie müssen nun beweisen, ob ihr Verständnis nur geheuchelt ist oder ob die nötigen Taten folgen.

Wir wünschen den Teilnehmenden an diesem Bildungsstreik einen langen Atem. Sie können für ihre Forderungen auf die Unterstützung der Grünen zählen.